



## Bildungsbenachteiligung und Studiengebühren in Deutschland

Bei der Betrachtung der Bildungsbeteiligung nach sozialer Herkunft in Deutschland im Jahre 2006 stößt man auf eine Vielzahl von aktuellen Erhebungen, die eine massive Bildungsbenachteiligung feststellen. Seit mindestens fünf Jahren – seit die erste PISA-Studie erschien – erhalten diese Erhebungen darüber hinaus ein mediales Echo. Bereits nach der Zerschlagung des nationalsozialistischen Regimes empfahlen die alliierten Kräfte für Deutschland ein weniger selektives Schulsystem. Doch abgesehen von einer kurzen Phase zwischen Sputnik-Schock und Ölkrise, wurde das westdeutsche Schulsystem – zwar nicht aus menschenrechtlichen, sondern aus bildungsökonomischen Gründen – zugunsten der Kinder aus niedrigen sozialen Schichten nur wenig reformiert. Die in anderen Industriestaaten geleistete Modernisierung blieb aus, das selektiv gegliederte Bildungssystem blieb erhalten. Denn Kinder aus unteren Schichten haben im westdeutschen Bildungssystem bis heute keine nennenswerte Lobby und sind deutlich benachteiligt. Dies ist der Hintergrund, vor dem die Einführung von Studiengebühren inklusive aller Versprechen über eine moderate Ausgestaltung diskutiert werden muss. Die Fragestellung: „Studieren weniger Menschen mit sogenannter niedriger sozialer Herkunft, wenn Studiengebühren eingeführt werden?“, ist irreführend. Gefragt werden muss: „Welche menschenrechtlichen Auswirkungen hat die Einführung von (moderaten) Studiengebühren in einem System komplexer Bildungsbenachteiligungen?“

Zunächst wird daher an dieser Stelle ein Überblick über die Benachteiligung aufgrund der sozialen Herkunft im Bildungssystem gegeben.

### Selektion in allen Bildungssektoren

Gemäß dem standardisierten Klassifizierungssystem [ISCED](#) (International Standard Classification of Education) der UNESCO werden im folgenden die Hürden der jeweiligen Bildungssektoren aufgezeigt, die für Kinder bzw. Jugendliche mit niedriger sozialer Herkunft höher sind.

## **Kindergarten / Kindertagesstätte**

In Kindertagesstätten- bzw. Kindergartenplätze sind weniger Kinder aus finanziell schwachen Elternhäusern (64% gegenüber 80% der Kinder aus der Mittelschicht) anzufinden, da diese kostenpflichtig sind.<sup>1</sup> Dies wurde bereits von Vernor Munoz, dem Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen während seines Besuches in Deutschland im Februar 2006 kritisiert.<sup>2</sup> Die Kindergartenkosten sind zudem in den letzten Jahren erheblich gestiegen und liegen weit über dem Durchschnitt der OECD-Staaten.

## **Primarbereich Grundschule**

Auch die Einschulung läuft nicht ohne Bildungsbenachteiligung ab. So lautet das Ergebnis einer Studie der Arbeiterwohlfahrt (AWO): Während 91 Prozent der sozial unauffälligen nicht-armen Kinder (70 Prozent der sozial auffälligen Kinder) regulär mit sechs Jahren eingeschult werden, sind es unter den sozial unauffälligen armen Kindern lediglich 78 Prozent (53 Prozent der sozial auffälligen Kinder).<sup>3</sup>

Von der OECD wird beanstandet, dass Deutschland im Primarbereich deutlich zu wenig Geld pro Schüler und Schülerin ausgibt, was zu einer schlechten SchülerInnen/LehrerInnen-Relation (im Durchschnitt betreut eine Lehrkraft in Deutschland zwei Kinder mehr als im Mittel der OECD-Staaten), wesentlich weniger Unterrichtszeit (als im OECD-Schnitt) und geringeren Sachaufwendungen führe.<sup>4</sup> Das heißt, dem kompensatorischen Auftrag sind bereits im Primarbereich strukturell enge Grenzen gesetzt.

## **Sekundarbereich I**

Die Hamburger LAU-Studie, die IGLU-Studie, die PISA-Studie und die AWO-Studie weisen darauf hin, dass Kinder mit einer niedrigen sozialen Herkunft bei gleicher Kompetenz sehr viel seltener eine Gymnasialempfehlung erhalten als Kinder mit einer höheren sozialen Herkunft. Die UNICEF hob diese Diskriminierung im deutschen Bildungssystem in einer Studie<sup>5</sup> unter dem Titel „German children: Sorted out for life“ besonders hervor

---

1 Deutsches Jugend Institut: OECD – Early Childhood Policy Review 2002–2004

2 Bundespressekonferenz am 21.02.2006 in Berlin mit dem UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung Prof. Dr. Vernor Muñoz Villalobos

3 Beate Hock / Gerda Holz / Werner Wüstendörfer: *Frühe Folgen – langfristige Konsequenzen? Armut und Benachteiligung im Vorschulalter. Vierter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Textauszüge als Arbeitsmappe* Juli 2000, S.39

4 OECD Briefing Notes für Deutschland. Bildung auf einen Blick 2006

5 UNICEF: A league table of educational disadvantage in rich nations

und verfasste daraufhin einen Sonderbericht<sup>6</sup>. Im deutschen Bildungssystem würden die Menschen zu früh sortiert und diese Einsortierung würde sich im späteren Leben nur schwer durchbrechen lassen. Diese Benachteiligung wurde auch von der EU-Konferenz der BildungsministerInnen zur Kenntnis genommen und gerügt. Im Bericht der EU-Kommission heißt es: „*Eine frühe Differenzierung wirkt sich insbesondere negativ auf die Leistungen von benachteiligten Kindern aus. Ein Grund dafür ist, dass diese Kinder eher in Richtung der schlechter angesehenen Formen der allgemeinen und beruflichen Bildung kanalisiert werden.*“<sup>7</sup> Dieser Bericht wurde vom Bundesministerium und der Kulturministerkonferenz ebenso ignoriert, wie die Studie der UNICEF. Während der Sitzung der 25 EU-BildungsministerInnen im November 2006 setzten deutsche und österreichische DiplomatInnen eine deutlich entschärfte Fassung durch. Die bildungspolitischen EntscheidungsträgerInnen scheinen nicht gewillt zu sein, menschenrechtliche Bedenken zur Kenntnis zu nehmen.

Die TIMSS-Studie, die DESI-Studie und die PISA-Studien stellten für die Sekundarstufe I fest, dass sich die mathematischen und die literarischen Kompetenzen zwischen HauptschülerInnen, RealschülerInnen und GymnasiastInnen zu einem großen Prozentsatz überschneiden, das heißt, dass die Trennung in verschiedenen Schultypen die realen Kompetenzen der Schüler und Schülerinnen missachtet. Es ist dennoch, so die oben genannte UNICEF-Studie, kaum möglich von der Hauptschule zum Gymnasium zu wechseln. Ein noch drastischeres Ergebnis liefert die PISA-Studie Erfolgschancen von Migrantenkindern<sup>8</sup>. Hier wird festgestellt, dass MigrantInnen der zweiten Generation im deutschen Bildungssystem schlechtere Leistungen erbringen als ihre Eltern, 40% erreichen nicht die Kompetenzstufe 2 (von 5 Stufen). Die Bildungsforscherin Mechthild Gomolla spricht hier von „Institutionalisierter Diskriminierung“<sup>9</sup>. Auch Vernor Munoz kritisierte insbesondere die benachteiligte Situation von Migrantenkindern im deutschen Bildungssystem.

Während noch in den 1960er Jahren die Hauptschule als Volksschule die allgemeine Schulausbildung gestattete, ist sie nun zu einer Rest-Schule geworden, in der oftmals

---

6 Sylke Viola Schnepf 2002: *A Sorting Hat that Fails? The Transition from Primary to Secondary School in Germany*. UNICEF Innocenti Research Centre: Florenz 2002

7 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: *Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Effizienz und Gerechtigkeit in den europäischen Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung* S.6f

8 Wo haben Schüler mit Migrationshintergrund die größten Erfolgschancen: Eine vergleichende Analyse von Leistung und Engagement in PISA 2003 Kurzzusammenfassung

9 Mechthild Gomolla und Frank-Olaf Radtke: *Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*. Leske + Budrich, Opladen 2002

Unterricht nicht mehr möglich ist. Einer Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung zufolge ist an 16 Prozent der Hauptschulen kein Unterricht mehr möglich. Diese Schulen werden als „kritische Schulmilieus“ bezeichnet, die die Schüler „strukturell benachteiligen“. In Großstädten tauchen kritische Schulmilieus noch häufiger auf. So findet an vielen Hauptschulen in Bremen (95 %), Hamburg (70 %) und Berlin (60 %) strukturell kein Unterricht mehr statt.<sup>10</sup>

### **Sekundarstufe II: Berufsbildende Schulen, Bildung im Dualen System**

Vor allem Jugendliche aus Migranten-Familien sind in der Berufsausbildung benachteiligt. Die Quote der Jugendlichen mit einer solchen Herkunft, die eine Berufsausbildung erhalten sank in den letzten Jahren. Noch schlechter ist die Situation für weibliche Jugendliche aus Migranten-Familien, von denen seit 10 Jahren unverändert nur ca. 35 % eine Erstausbildung erhalten<sup>11</sup>.

Die Shell-Jugendstudie 2006 stellt fest: „*Jugendliche aus der Unterschicht [...] finden sich häufiger an Hauptschulen und Sonderschulen. Dabei erzielen sie auch im anschließenden beruflichen Ausbildungsweg nicht die Resultate, die ihrem möglichen Potenzial entsprechen.*“

Erschwerend kommt hinzu, dass Abiturienten und Abiturientinnen nun, so die Bundesagentur für Arbeit, insbesondere in den Bundesländern, die derzeit Studiengebühren einführen, vermehrt anstelle eines Studiums eine Lehre beginnen und mit Schülern und Schülerinnen ohne Abitur auf dem knappen Lehrstellenmarkt in Konkurrenz treten.

### **Sekundarstufe II: Gymnasiale Oberstufe**

Die 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes stellte fest: Von 100 Kindern der höchsten Herkunftsgruppe erreichen ca. 85 % die gymnasiale Oberstufe und von diesen nehmen dann 95 %, also 81 Kinder ein Studium auf. Von 100 Kindern der niedrigsten sozialen Herkunftsgruppe gelangen nur 36 % in die gymnasiale Oberstufe, von denen wiederum nur 31 %, also 11 Kinder, ein Studium aufnehmen.<sup>12</sup> Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt sich, dass nicht nur der Zugang, sondern auch der vorzeitige Abbruch der gymnasialen Schullaufbahn ein Faktor

---

10 Christian Füller: *Unterschichtsfabriken und Rütli-Schule ist überall*, in: die tageszeitung, Nr. 8112 vom 30.10.2006, S. 1ff

11 Mona Granato: Jugendliche mit Migrationshintergrund in der beruflichen Bildung

12 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes

sozialer Auslese sei. Verfolgt man die Wege der Kinder, die nach der Grundschule auf das Gymnasium wechseln, dann zeigt sich, dass innerhalb von 6 Jahren 35 % der Kinder mit niedriger sozialer Herkunft die Ausbildung abbrechen. Hat mindestens ein Elternteil das Abitur, liegt die Quote bei nur 20 %.<sup>13</sup>

Die Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz stellte in einer Langzeitstudie dar, dass SchülerInnen mit einer niedrigen sozialen Herkunft selbst dann nur zu 51% ein Studium aufnehmen, wenn sie eine Durchschnittsnote zwischen 1 und 2 im Abiturzeugnis haben. Je höher die soziale Herkunft ist, desto eher sind Schüler und Schülerinnen bereit, auch bei einem schlechten Abiturzeugnis ein Studium aufzunehmen.<sup>14</sup>

### **Tertiärbereich A/B: Hochschulen und Fachhochschulen**

Der Anteil der SchulabgängerInnen mit Hochschulzugangsberechtigung lag 2006 in Deutschland bei nur 38,8 % (im OECD-Durchschnitt fast doppelt so hoch, bei 67,7 %). Auch die Tendenz ist laut einer OECD-Studie besorgniserregend, so stieg in Deutschland zwischen 1995 und 2003 die Studierendenquote nur um 8%, während sie im selben Zeitraum im Schnitt der OECD-Länder um 49 % stieg.<sup>15</sup>

Nach der Studie Eurostudent-Report<sup>16</sup> ist die relative Zahl von Studierenden mit niedriger sozialer Herkunft in Deutschland geringer als in allen anderen europäischen Staaten, die an dieser Studie teilgenommen haben. Zudem stellten die Autoren der Studie fest, dass Studierende mit einer niedrigen sozialen Herkunft sehr viel seltener ein Auslandsstudium aufnehmen.

Der Trend weist darauf hin, dass die Chance von Arbeiterkindern, ein Studium aufzunehmen, gegenüber der von Beamtenkindern weiter sinkt. So lag nach einer Analyse von Destatis<sup>17</sup> die Wahrscheinlichkeit von Beamtenkindern gegenüber

---

13 Thorsten Schneider: *Does the effect of social origins on educational participation change over the life course?*

14 Tino Bargel, Michael Ramm, Frank Multrus: *Studiensituation und studentische Orientierungen*. 9. *Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen* Bonn, Berlin 2005 S.10f.

15 OECD Briefing Notes für Deutschland. *Bildung auf einen Blick* 2006

16 Hochschul-Informations-System: *EUROStudent-Report 2005. Social and Economic Conditions of Student Life in Europe 2005* Hanover 2005 S.157

17 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Teil II: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland*. Zweite, aktualisierte Auflage S.497

Arbeiterkindern ein Studium aufzunehmen 1982 bei 9:1; im Jahre 2000 lag sie bereits bei 20:1.

Darüber hinaus ist auch die Situation von Studierenden mit niedriger sozialer Herkunft prekär und von Benachteiligung geprägt. Die dreijährig erscheinende Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes (DSW) und die Studienabbruchstudie des Hochschulinformationssystems (HIS)<sup>18</sup> kam zu einer Reihe von Punkten, die Indizien einer Benachteiligung von Studierenden mit niedriger sozialer Herkunft sein könnten:

Studierende niedriger sozialer Herkunft nehmen sehr viel häufiger die psychologische Beratung in Anspruch. Zudem sei der größte Unterschied bezüglich der Gründe für einen Studienabbruch zwischen den verschiedenen Herkunftsgruppen in der *Begründung Krankheit* zu finden; sie brechen ihr Studium häufiger ab - dies gilt vor allem für die Fächer Medizin und Rechtswissenschaften; sie studieren im Schnitt länger als andere Studierende; ihnen steht trotz Leistungen nach BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) weniger Geld zum Lebensunterhalt zur Verfügung als anderen Studierenden; sie arbeiten häufiger und mehr neben dem Studium – als Motivation zum Jobben geben sie häufiger als andere *Lebensunterhalt* an; sie studieren eher Fächer und an Hochschulen, die mit einem geringem Prestige und weniger hoch dotierten Berufen verbunden sind; sie promovieren seltener als andere Studierende. Ihr Anteil unter den Promotionsstudierenden sinkt um 31 Prozent gegenüber denen im Erststudium.

Die DSW-Studie stellt fest, dass der Hälfte aller Studierenden unter 720 Euro im Monat zur Verfügung stehen. 27% der Studierenden verfügen über weniger als dem ihnen nach derzeitiger Rechtsprechung zustehenden Unterhaltsbedarf von 600 Euro im Monat, 11 Prozent der Studierenden verfügen sogar über weniger oder deutlich weniger als 500 Euro im Monat. Für das Jahr 2007 sind weitere Einkommensverschlechterungen für Studierende bereits beschlossen. Die Herabsenkung des Kindergeldalters und die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte wird das Budget um durchschnittlich 57 Euro monatlich verringern. Die Streichung der Förderung Studierender mit Kind für dessen zweites Lebensjahr von 300 Euro im Monat, Gebühren auf internetfähige Computer und Handys, steigende Miet- und Nebenkosten, Kürzungen der Zuschüsse an die Studierendenwerke und zum öffentlichen Nahverkehr im

---

18 Ulrich Heublein, Heike Spangenberg, Dieter Sommer: *Ursachen des Studienabbruchs. Analyse 2002*, Hannover 2003, S. 45ff

Ausbildungsbereich werden die Einkommenssituation von Studierenden weiter verschlechtern. Bei der Förderung nach BAföG gab es seit 2001 keine Anpassung der Bedarfssätze und Einkommensfreibeträge, obwohl dies regelmäßig vom BAföG-Beirat beanstandet wird.

Erste Zahlen lassen auf die negativen sozialen Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren in Deutschland schließen. Die Zahl der StudienanfängerInnen sank zum Wintersemester 06/07 um 3,5 Prozent.<sup>19</sup> In Niedersachsen sank insbesondere die Zahl der AntragstellerInnen auf Ausbildungsförderung nach BAföG um über 8 Prozent. StudienanfängerInnen nahmen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen deutlich weniger Kredite zur Finanzierung des Studiums auf als erwartet.

## Karriere

Die Elite-Studie des Soziologen Michael Hartmann ergab, dass in der Wirtschaftselite – den Chefetagen der Großkonzerne – nur 0,5 % der promovierten Arbeiterkinder zu finden seien.<sup>20</sup> In dieser Studie wurde aus vier Jahrgängen in zehnjährigem Abstand der biographische Verlauf von ca. 6500 Promovierten analysiert. Arbeiterkinder mit einem Dokortitel haben sehr viel seltener eine Karriere machen können als Promovierte mit anderer sozialer Herkunft. Hartmann sieht einen Trend, nachdem seit 1990 ein sozialer Schließungsprozess stattfindet, der den sozialen Aufstieg stärker von der Herkunft als von der Leistung abhängig mache.

## Fazit

Das deutsche Bildungssystem als solches ist nicht sozial verträglich. Sozial verträgliche Studiengebühren kann es jedoch nur in einem sozial verträglichen Bildungssystem geben. Ein Bildungssystem, in dem systematisch von der ärmeren Hälfte der Bevölkerung 90 Prozent von einem Universitätsstudium ausgeschlossen werden, wäre gut beraten, Hürden abzubauen, statt neue zu errichten. Studiengebühren haben bislang nirgends die Zahl von Studierenden mit niedriger sozialer Herkunft erhöht, stellen aber in der Mehrheit der Fälle eine zusätzliche soziale Schranke dar. Die Argumente für

---

19 Statistisches Bundesamt Deutschland, Pressemitteilung „3,5 Prozent weniger Erstsemester im Studienjahr 2006“ vom 29.11.2006, Wiesbaden

20 Michael Hartmann: *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt/Main 2002, S. 83

Studiengebühren in Deutschland sind bildungsökonomischer Natur und nichts deutet daraufhin, dass die Rede von „sozialverträglichen Studiengebühren“ etwas anderes sei, als eine Strategie, menschenrechtlichen Bedenken zu begegnen. Wäre den Bildungs- und Kultusministern an Sozialverträglichkeit gelegen, so begännen sie damit in der Kita, in der Grundschule, in der Sekundarstufe I und II und in der Weiterbildung. Ein erster Schritt wäre die bittere Selbsterkenntnis, dass Deutschland schon lange keine „Grundbildung für alle“ mehr garantiert. Daher ist die Bundesrepublik von der UNESCO gebeten worden, dem „Education for all“-Plan beizutreten, der 2000 in Dakar beim Weltbildungsforum beschlossen wurde<sup>21</sup>. Solange kein nationales EFA-Aktionsprogramm beschlossen und umgesetzt wird, gibt es keine Grundlage Studiengebühren sozial zu gestalten, sie reihen sich dann lediglich ein in die bestehenden Verletzungen des Menschenrechts auf Bildung.

---

21 Andreas Baaden / Eva-Maria Hartmann: EFA und PISA. Warum Deutschland einen nationalen EFA-Plan braucht, in: unesco heute online. Ausgabe 10, Oktober 2002